

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

27.09.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Atomkraft: „Lubmin ging damals zu schnell vom Netz“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 27.09.2022</i> .....	3
2   <b>Druckabfall in ungenutzter Gas-Pipeline Nord Stream 2 – Ursache bisher unklar</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 26.09.2022</i> .....	4
3   <b>Standortfindung für das Atommüllager in Würgassen soll nicht objektiv erfolgt sein</b> <i>westfalen-blatt.de, 26.09.2022</i> .....	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 27.09.2022 | S. 5

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Juliane Lange

## AUSSTIEG AUS DER ATOMKRAFT

# Atomkraft: „Lubmin ging damals zu schnell vom Netz“

## Seit 27 Jahren findet in Lubmin der größte Rückbau eines Kernkraftwerks in Europa statt. Wie sinnvoll wäre ein Weiterbetrieb der verbliebenen drei Meiler?

Die Debatte um verlängerte Laufzeiten bei der Atomkraft, also über die Energieversorgung, ist seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wieder in vollem Gange. Es geht um die letzten drei laufenden Werke und vor allem um Sicherheitsaspekte und den gesetzlich beschlossenen Ausstieg Ende des Jahres. Der Umstand wird auch hierzulande hitzig diskutiert, zeigt sich doch in Vorpommern, wie aufwendig ein solcher Rückbau ist. In Lubmin waren von den acht geplanten Blöcke fünf in Betrieb, einer davon im Probebetrieb. Das Kernkraftwerk war zwischen 1973 und 1990 am Netz und erbrachte einen Anteil von elf Prozent des Strombedarfs in der DDR. Es ist nach Angaben der zuständigen **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN)** der größte Rückbau eines Kernkraftwerks in Europa. Ein ehemaliger Mitarbeiter sagt heute: „Wir haben unseren eigenen Arbeitsplatz kaputtgemacht“.

Erika Wenzel schimpft: „Das kapieren die doch nicht in Berlin. Die wissen nicht, wie es ist, seinen Arbeitsplatz zu vernichten. Das ist so schlimm.“ Jockel Schmidt setzt noch hinzu: „Streng genommen werden die eigenen Arbeitsplätze seit 27 Jahren demontiert. Ich bezweifle, dass da noch viele übrig sind, die das ehemalige KKW noch in Betrieb erlebt haben.“ Christian Baumgart erinnert sich: „Tja, es ging damals aus Konkurrenzgründen viel zu schnell vom Netz, halb Greifswald wurde durch das KKW beheizt, die Technik kam von Siemens. Ich habe 1988 ein halbes Jahr im inaktiven Teil des KKW gearbeitet. Ich befürworte die Kernenergie, weil sie gegenüber anderen Kraftwerken umweltfreundlicher ist und relativ billig Strom erzeugt.“

Zurück also zur Kernfrage: Kann eine Laufzeitverlängerung kurzfristig einen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung leisten? Mathias Promehl sieht es nicht

wie sein Vorredner: „Wer nach Atomkraft schreit, kann sich gern mal die Subventionen in dem Bereich von Beginn an bis heute anschauen. Atomkraft ist ganz schön teuer.“

Angela Kalnins findet: „Der Weiterbetrieb der AKWs kostet schon wegen der Übernahme der gesamten Regelüberprüfung, der fälligen Reparatur- und Instandhaltungskosten, um den Betrieb halbwegs sicher zu gewährleisten, den Steuerzahler ein Vermögen.“

Alexandre Monët rechnet vor: „Und mit dem Weiterbetrieb der AKWs, die in den letzten Monaten knapp vier Prozent unseres Energiebedarfs deckten, sollen nun Industriebetriebe gerettet werden? Vor allem während wir rund zehn Terrawattstunden Strom nach Frankreich, Österreich, Polen und in die Schweiz exportiert haben.“

Guido Spohr steht der Sache ebenfalls kritisch gegenüber: „Sicher ist, dass weiterhin kein Endlager in Sicht ist. Sicher ist, dass der Neubau, siehe Frankreich, wohl den Steuerzahler teuer zu stehen kommt. Sicher ist, dass die Kühlsysteme mit dem Aufheizen der Flüsse und den verstärkten Dürreperioden immer anfälliger werden.“

Michael Wegner wiederum begreift die Atomkraft als „unerschöpfliche Energiequelle“ Und weiter: „Aber wie bei der Eins-zu-eins-Umsetzung der Autogesellschaft in E-Cars sind die Nebeneffekte leider das, was dagegen spricht. Wohin mit dem Atommüll? Nach China verschiffen? Der Sicherheitsaufwand für Atomkraftwerke im Aufbau und Betrieb sind enorm aufwendig und teuer. Und wenn es wieder einmal Konjunkturren von geistiger Mitternacht in einer Atomnation gibt, kommt es auch mal zum Super-GAU - von Krieg und Terror abgesehen.“

## Druckabfall in ungenutzter Gas-Pipeline Nord Stream 2 – Ursache bisher unklar

*Bei der Ostseepipeline Nord Stream 2 hat es in der Nacht von Sonntag auf Montag einen deutlichen Druckabfall gegeben. Der Betreiber vermutet ein Leck, sagt aber auch: „Kein Mensch weiß, wo“. Nord Stream 2 wird nicht zum Gasimport genutzt, ist aber mit Gas gefüllt.*

**Lubmin.** In der Nacht zum Montag hat es in der Gas-pipeline Nord Stream 2 nach Angaben des Betreibers einen Druckabfall gegeben. Es sei ein Druckverlust in Röhre A festgestellt worden, die zuständigen Marinebehörden in Deutschland, Dänemark, Schweden, Finnland und Russland seien sofort informiert worden, teilte der Sprecher des Pipeline-Betreibers Nord Stream 2 AG, Ulrich Lissek, am Montag mit. Die Untersuchung des Vorfalls dauere an.

### Politologe Muno: Forderung nach Öffnung von Nord Stream 2 populistisch

„Es muss irgendwo ein Loch sein“, sagte Lissek der Deutschen Presse-Agentur. „Nur kein Mensch weiß, wo.“ Es könne sein, dass im Offshore-Bereich Gas entweiche. Wäre das an Land der Fall, würde man das mitbekommen. Normalerweise liege ein Druck von 105 Bar an. Jetzt seien es auf deutscher Seite nur noch 7 Bar.

### Schwierige Suche nach Informationen

Die Ursachenforschung gestalte sich für die Nord Stream 2 AG sehr schwierig: Man stehe unter Sanktionen, verfüge kaum noch über Personal, und Gelder seien eingefroren. „Die Behörden sind alle informiert.“ In Lubmin, dem Ort, in dem die Pipeline in Deutschland anlandet, sei nach Wissen Lisseks kein Personal der Nord Stream 2 AG. Man könne auch keine Aufträge erteilen, da man diese nicht bezahlen könne, und müsse schauen, woher man nun Informationen erhalte, sagte Lissek.

Das Landesumweltministerium von Mecklenburg-

Vorpommern hatte nach eigenen Angaben am frühen Montagmittag noch keine Kenntnis von dem Druckabfall. Vom Unternehmen Gascade hieß es, man habe eine Auffälligkeit festgestellt. Das Unternehmen betreibt in Lubmin Gas-Infrastruktur, an die auch Nord Stream 2 angeschlossen ist. Gascade sei aber nicht für die Offshore-Leitungen von Nord Stream 2 zuständig.

### Bundesregierung lehnt Inbetriebnahme ab

Der Doppelstrang der Pipeline Nord Stream 2 verläuft 1.230 Kilometer von Russland durch die Ostsee bis nach Deutschland. Sie ist fertiggestellt und mit Gas gefüllt, allerdings wurde durch sie nie Gas importiert. Die Bundesregierung hatte das Genehmigungsverfahren für die fertiggestellte Leitung im Februar kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine auf Eis gelegt und auch danach betont, dass eine Inbetriebnahme nicht in Frage komme.

Schon kurz vor dem russischen Überfall auf die Ukraine hatten die USA Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG verhängt und alle Geschäfte mit dem Unternehmen mit Sitz in der Schweiz unmöglich gemacht. Erst kürzlich konnte ein drohender Konkurs erneut abgewendet werden. Das zuständige Gericht verlängerte eine provisorische Nachlassstundung bis zum 10. Januar 2023.

Bis mindestens Januar können Gläubiger damit kein Geld eintreiben. Ein vom Gericht eingesetzter Sachwalter kann prüfen, ob eine Sanierung oder Verständigung mit den Gläubigern Aussicht auf Erfolg hat. Wenn das nicht der Fall ist, muss nach Schweizer Recht ein Konkursverfahren eröffnet werden.

## Standortfindung für das Atommüllager in Würgassen soll nicht objektiv erfolgt sein

*Dem Gutachten zur Standortfindung und Standorteignung fehlt nach Ansicht der Bürgerinitiative (BI) Atomfreies 3-Ländereck „jegliche Legitimität“. Denn es habe eine erhebliche Einflussnahme des Bundesministeriums bei der Standortempfehlung für Würgassen gegeben.*

**Würgassen** - Der Grund für diese Beurteilung sei laut BI-Vorstand-Dirk Wilhelm ein öffentlich zugängliches Dokument, welches die umfangreiche Korrespondenz zwischen dem Bundesumweltministerium (BMU, heute BMUV) und dem Öko-Institut offenbart. Transparent wird der Erstellungsprozess der Gutachten dargestellt. Dabei zeige die 221 Seiten umfassende Unterlage eine massive Einflussnahme durch das BMUV als Auftraggeber gegenüber dem Öko-Institut. Rechtsanwalt Philipp Heinz aus Berlin hat im Auftrag der Bürgerinitiative das Dokument geprüft. Die rechtliche Stellungnahme durch den Anwalt falle nach erfolgter Sichtung vernichtend aus: „Aus dem Dokument ergibt sich recht deutlich eine Unverwertbarkeit. Die massive Beeinflussung und bewusste Änderung der Wirkungen der zentralen gutachterlichen Aussagen durch das BMUV sowie das Einlassen darauf durch das Öko-Institut führen dazu, dass von einem unabhängigen Sachverständigengutachten nicht die Rede sein kann. Damit hat es jede Legitimität eingebüßt und darf nicht als Grundlage für den weiteren Genehmigungsvorgang eingesetzt werden“, schreibt Rechtsanwalt Heinz als Fazit in seiner umfangreichen Stellungnahme.

Immerhin gehe es in dem Gutachten um nichts Geringeres als die Legitimierung des Standortorts Würgassen als Deutschlands erstes Bereitstellungslager für ein Atommüll-Endlager. „Die Öffentlichkeit hat selbstverständlich auf eine wissenschaftlich fundierte und neutrale Beurteilung vertraut, welche vor allem durch das verantwortliche BMUV als Kontrollinstanz überwacht werden sollte“, so Wilhelm. Doch wie wenig ergebnisoffen und fundiert die Gutachten des Öko-Instituts zustande gekommen seien, zeige unter anderem der zeitliche Ablauf der Erstellung: Die Beauftragung durch das BMUV erfolgte am 19. Oktober 2019. Innerhalb von nur sechs Wochen sollten die Unterlagen dann bereits fertiggestellt sein. Mangels Zeit mussten die Gutachten auf Weisung des BMUV bereits vor dem einzig erfolgten Vor-Ort-Termin, welcher der persönlichen Erkundung der Gegebenheiten durch

die Gutachter diene, ausschließlich auf der theoretischen Grundlage von Unterlagen der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) ausgearbeitet werden. Der Vor-Ort-Termin fand am Freitag, 29. November 2019, statt. Da das Ziel, im November mit den Gutachten fertig zu werden, zumindest in etwa eingehalten werden sollte, habe das BMUV die finalen Fassungen für spätestens 2. Dezember 2019 verlangt, womit die Möglichkeit zur Korrektur oder zumindest Ergänzung für die Gutachter auf ein Wochenende reduziert wurde.

„Schlimmer noch: Schon während der Erstellungsphase nahm das BMUV, aber auch der verantwortliche Projektleiter der BGZ, Einfluss auf die Inhalte“, führt Dirk Wilhelm weiter aus. Die sei unter anderem geschehen, als es um die vermeintlich beste Eignung des Standortes Würgassen für die Errichtung eines riesigen Atommüll-Lagers ging. So sei ein frühes Gutachten des Instituts mit dem Titel „Bewertung der grundsätzlichen Eignung des Standorts Würgassen für die Errichtung und den Betrieb eines Zentralen Bereitstellungslagers Konrad (ZBL)“ zu dem Ergebnis gekommen, dass beim Standort Würgassen mehrere Anforderungen der Entsorgungskommission (ESK), die exakt als Voraussetzung für einen für das Logistikzentrum für das Endlager Konrad (LoK) geeigneten Standort entwickelt wurden, gerade nicht bestehen (zweigleisiger Bahnanschluss) beziehungsweise nicht nachgewiesen wurden (Hochwasserfreiheit) und eine Reihe weiterer Kriterien nicht prüfbar waren.

Doch im Schriftverkehr zwischen Bundesumweltministerium und Öko-Institut sollen Verantwortliche des Ministeriums geradezu darauf gedrängt haben, Würgassen entgegen etwaige Zweifel zum geeignetsten Platz zu erklären. Es seien Passagen enthalten wie diese: „Dies [**Anmerkung der Redaktion: die besondere Eignung von Würgassen als Standort**] sollte dann auch von Ihnen deutlich formuliert werden. Aktuell liest sich das im Gutachten in der Gesamtdarstellung

bedauerlicherweise nicht so. [...] Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Stellungnahme nochmal angesehen und würde die Umsetzung nachfolgender Empfehlungen für erforderlich halten.“

Nach diesem Ermahnungsschreiben seien, so habe es der BI-Vorstand Wilhelm bei seiner Recherche festgestellt, umfangreiche Korrekturvorschläge seitens des BMUV vom Öko-Institut fast eins zu eins umgesetzt worden. Textpassagen seien gestrichen und Absätze umgruppiert worden, Inhalte nach BMUV-Vorgaben und -Interessen 'positiv' angepasst und kritische Passagen aus dem abschließenden Fazit des Gutachtens, mit dem Verweis, dass eben dieser Teil des Gutachtens am ehesten gelesen werde, entfernt worden.

Entsprechend deutlich fällt auch das Fazit von Rechtsanwalt Philipp Heinz aus: „Auf massives Betreiben des BMUV hat das Öko-Institut seine - aus fachlich zutreffenden, vom BMUV inhaltlich nicht bezweifelten, Gründen - zurückhaltende und relativierende Bewertung den Standortes Würgassen aufgegeben. Der finale Duktus der Zusammenfassung der Standortbewertungen unterscheidet sich sehr stark von den fachlich erarbeiteten Vorfassungen. Inhaltliche Gründe, wie neue oder ergänzende gutachterliche Erkenntnisse, gab es dafür nicht. Vielmehr wurde letztlich das in die Zusammenfassung geschrieben, was das BMUV sehr deutlich verlangte, nämlich eine 'glasklare Aussage' für Würgassen.“

### **Gutachten: Bürgerinitiative sieht ihre Kritik am**

### **Zwischenlager für Atommüll in Würgassen bestätigt**

Dirk Wilhelm fährt fort: „Die Bundesumweltministerin teilt aktuell über Ihre Staatssekretäre mit, dass sie sich ein eigenes Bild über die Standortfindung machen will. Nach nunmehr zehn Monaten Regierungsverantwortung wird das Vorgehen der BGZ jedoch noch immer toleriert.“ Er ist der Meinung: „Sollte Frau Lemke als verantwortliche Bundesumweltministerin im Fall Würgassen nicht umgehend Klarheit schaffen, droht ein massiver Vertrauensverlust in den gesamten Prozess der Atommüllentsorgung.“ Eine Einschätzung, welche auch der ehemalige Bundesumweltminister und Vorsitzende des NBG, der Höxteraner Prof. Dr. Klaus Töpfer, gegenüber dem WDR äußerte: „Viel Vertrauen der Bevölkerung in die Entscheidung der Kernenergie ist zerstört worden. Alles muss getan werden, wenn die Erbstücke dieser schwierigen Technik zu bewältigen sind, dass wieder Vertrauen aufgebaut wird. Genau das ist im Fall Würgassen nicht passiert – ganz im Gegenteil.“

Dem fügt „Atomfreies 3-Ländereck“-Vorstand Dirk Wilhelm hinzu: „Der von Herrn Töpfer geforderte Aufbau von Vertrauen kann nur erfolgen, wenn ein neuer und transparenter Entscheidungsprozess unter sachlich, fachlichen Kriterien angestoßen wird. Dafür bedarf es der sofortigen Abkehr vom Vorhaben in Würgassen und die Einstellung aller Aktivitäten in der Sache.“